



Stadtratsfraktion der Überparteilichen Bürgergemeinschaft Dachau e.V. (ÜB)

Große Kreisstadt Dachau  
Herrn Oberbürgermeister  
Florian Hartmann  
Konrad-Adenauer-Straße 2-6  
85221 Dachau



Dachau, den 15.2.2016

**Antrag: Umwandlung des beantragten freiwilligen Zuschusses für das Dachauer Tierheim in eine betragsgleiche Erhöhung der Fundtierpauschale**

(gleichzeitig Ergänzung des Antrags der CSU-Fraktion „Freiwilliger Zuschuss Tierheim“ vom 6.2.2016)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktion der Überparteilichen Bürgergemeinschaft (ÜB) stellt folgenden

**Antrag:**

Der beantragte freiwillige Zuschuss in Höhe von 40 Cent pro Einwohner wird in eine Erhöhung der Fundtierpauschale von 40 Cent (zzgl. Umsatzsteuer) umgewandelt.

**Begründung:**

Wir begrüßen den Gedanken des CSU-Antrags, die finanzielle Ausstattung des vom Tierschutzverein Dachau e.V. betriebenen Dachauer Tierheims zu verbessern. Aus unserer Sicht benötigt der Verein jedoch Planungssicherheit, was durch einen freiwilligen städtischen Zuschuss nicht zwingend gegeben wäre. Die Diskussionen um die vorläufige Haushaltsführung haben dies jüngst gezeigt.

Zudem muss nach unserer Meinung sichergestellt sein, dass dem Verein nicht bereits aus der Betreuung von Fundtieren und damit aus einer übernommenen kommunalen Pflichtaufgabe ein Defizit entsteht. Demgegenüber ist die Aufnahme sog. Abgabetierr eine freiwillige Vereinstätigkeit, die jedoch im öffentlichen Interesse ausgeübt wird. Würde der Antrag der CSU-Fraktion in der vorliegenden Form beschlossen werden, käme dies einer sowohl inhaltlichen als auch steuerrechtlichen Vermengung beider Sachverhalte gleich.

Freiwillige Zahlungen der öffentlichen Hand werden meist als Spenden zur Förderung der Vereinstätigkeit angesehen. Dadurch fällt darauf in der Regel keine Umsatzsteuer (derzeit 7%) an. Demgegenüber werden Fundtierpauschalen als umsatzsteuerpflichtige Leistungsentgelte gesehen. Ob es der Stadt Dachau gut zu Gesicht stünde, Fundtiere gegenüber Abgabetierr unterzufinanzieren, nur um den Staat (und damit letztlich sich selbst) um einen Teil seiner Umsatzsteuer zu bringen, muss jeder Entscheidungsträger selbst beurteilen.

Die Höhe der beantragten Mittel sehen wir als gerechtfertigt an, möchten sie aber als Erhöhung der Fundtierpauschale zzgl. 7% Umsatzsteuer beschließen lassen; d.h. gerundet um 43 Cent auf insgesamt 1,93 Euro. Der Tierschutzverein wäre mit dieser für ihn einnahmegleichen Regelung auch bei einer evtl. Umsatzsteuerprüfung auf der sicheren Seite.

Was die Finanzierung von Abgabetierr anbelangt, regen wir an, dass auf Basis der dann hoffentlich auskömmlichen (und auch von vielen Landkreisgemeinden bezahlten) Fundtierpauschale sowie eigenen Mitteln des Vereins aus Mitgliedbeiträgen, Spenden und Erbschaften ggf. nochmals Transparenz geschaffen wird.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Gegenüber dem CSU-Antrag Mehrkosten von rd. 1.500 Euro pro Jahr.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Gampenrieder, Stadtrat

